



Ein Zug der Usedomer Bäderbahn (UBB) hält auf dem Bahnhof Barth. Die UBB fährt von Barth nach Velgast. Wenn die Darßbahn kommt, soll es eine Verbindung von Stralsund bis nach Prerow geben.

FOTO: INES SOMMER

Darßbahn: Land will im Juni Entscheidung treffen

Parlamentarischer Staatssekretär präsentiert in Barth einen klaren Zeitplan

Von Anika Wenning

Barth. Freude bei den Befürwortern der Darßbahn: Erstmals gibt es seitens der Landesregierung einen klaren Zeitplan. Der Parlamentarische Staatssekretär für Vorpommern, Patrick Dahlemann, erklärte bei der Informationsveranstaltung zur Zukunft der Darßbahn am Mittwochabend in Barth, dass es Ende des ersten Halbjahres ein klares Ergebnis gebe. „Ich gehe davon aus, dass es grünes Licht geben wird“, sagte der SPD-Politiker. „Wir erarbeiten eine Vereinbarung zwischen Bund und Land und sind dabei schon sehr weit.“ Neben einem ganz klaren Bekenntnis zur Darßbahn werde in dieser Vereinbarung auch die Finanzierung geklärt. „Das Land ist ganz klar zuständig für die Reaktivierung der Strecke und wir wollen uns auch nicht wegducken, aber wir brauchen dafür die Unterstützung des Bundes“, sagte Patrick Dahlemann. Schließlich handele es sich um ein 115 Millionen-Projekt.

Der nächste, wichtige Schritt sei eine Kreuzungsvereinbarung zwischen der Usedomer Bäderbahn (UBB), der hundertprozentigen Tochter der Deutschen Bahn, mit dem Straßenbauamt. Dabei geht es um den Bau der Bahnübergänge. Auch diese werde zurzeit vorbereitet. „Bis Mitte, Ende April soll diese Vereinbarung zeichnungsreif sein“, sagte Dahlemann. Wenn der Bund dann noch sein Okay gäbe, werde es ein Papier geben, dass ganz klar die



„

Die Weichen sind gestellt. Wenn das Signal auf Grün steht, sehen wir uns wieder.

Patrick Dahlemann
Parlamentarischer
Staatssekretär
für Vorpommern
FOTO: PRIVAT

Aufteilung der Kosten definiere. Der Landtagsabgeordnete Dietmar Eifler (CDU) hatte die Informationsveranstaltung organisiert und alle am Verfahren Beteiligten eingeladen. Unter anderem kamen die Bürgermeister der umliegenden Gemeinden, Landrat Dr. Stefan Kerth, Barths Bürgermeister Friedrich-Carl Hellwig, Vertreter der Bürgerinitiative „Keine Bahn ist keine Lösung“ sowie Dr. Joachim Trettin, Vorstandsmitglied der DB Regio AG und UBB-Geschäftsführer Joergen Boße. Ein ganz klares Bekenntnis gab es an diesem Abend auch für den Erhalt der Bahnverbindung Velgast-Barth. 2015 war bekannt geworden, dass die Strecke Velgast-Barth für die Zeit nach 2017 nicht mehr ausgeschrieben werden soll. Man hatte sich Ende 2017 zwar auf eine zweijährige Verlängerung geeinigt, doch die läuft nun Ende 2019 aus. „Am 14. Dezember gehen hier nicht die Lichter aus“, versprach Joergen Boße. „Für uns war das auch nie ein Thema.“ Besonders gelobt wurde an diesem Abend von Anwesenden auf dem Podium das Engagement der Bürgerinitiative, allen voran Christa Schibilski und Uta Martens. „Ohne sie würden wir hier nicht sitzen. Ihr Einsatz war ein Meilenstein auf dem Weg zur Darßbahn“, sagte Dietmar Eifler.

Im Rathaussaal in Barth blieb bei der Informationsveranstaltung kein Platz mehr frei und die Reaktionen waren größtenteils positiv. „Die Weichen sind gestellt, wenn das

Signal auf grün steht, sehen wir uns wieder“, versprach der Parlamentarische Staatssekretär für Vorpommern. Doch es gab auch kritische Stimmen. So klagt die Gemeinde Pruchten gegen den Planfeststellungsbeschluss zum ersten Abschnitt – Barth bis Bresewitz. Sie fürchtet, Kosten von knapp 500 000 Euro am Bau von Bahnübergängen tragen zu müssen und spricht sich gegen den Trassenverlauf aus. „Unsere Meinung wurde heute Abend überhaupt nicht gehört“, erklärte Pruchten 2. stellvertretender Bürgermeister, Jörn Blattmeier und Bürgermeister Andreas Wienecke fügte hinzu: „Unsere Bedenken werden von der Landesregierung nicht ernst genommen. Ich weiß nicht, wie viele Briefe wir schon geschrieben haben und es gab keine Reaktion von Herrn Pegel. Mit Demokratie hat das nichts zu tun.“ Der für gestern angesetzte Verhandlungstermin am Oberverwaltungsgericht in Greifswald sei auf den 5. Juni verschoben worden.

Die Bedenken aus dem Publikum, dass das Gerichtsurteil das ganze Projekt kippen könnte, konnte Patrick Dahlemann nicht aus dem Weg räumen. „Man muss es auch aushalten, dass es andere Positionen gibt und wir müssen die Sorgen der Pruchter zulassen. Die Entscheidung muss das Gericht treffen. Wir blicken erwartungsvoll auf das Urteil des Gerichtes und müssen dann weitersehen“, sagte der Parlamentarische Staatssekretär.